

# Der SDG-Gipfel der Vereinten Nationen 2019

## Ergebnisse – Konflikte – Perspektiven

von Jens Martens

Am 24. und 25. September 2019 trafen sich Staats- und Regierungschefs bei den Vereinten Nationen in New York, um die Fort- (bzw. Rück-)schritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erörtern. Die Veranstaltung war der erste UN-Gipfel zu den SDGs seit der Verabschiedung der Agenda 2030 im September 2015.

Weit größere politische und mediale Beachtung erfuhr der Klimaaktionsgipfel, zu dem der UN-Generalsekretär am Tag davor eingeladen hatte. Dies lag nicht zuletzt an der Präsenz junger Klimaaktivist/innen, allen voran Greta Thunberg. Flankiert wurde der SDG-Gipfel zudem durch weitere hochrangige Veranstaltungen zu den Themen Gesundheit, Entwicklungsfinanzierung und der Unterstützung kleiner Inselstaaten.

Verbindliche Beschlüsse brachte keiner dieser Gipfel. Dies war angesichts der weltpolitischen Großwetterlage auch nicht zu erwarten. Stattdessen kündigten Regierungen, UN-Organisationen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen eine Vielzahl freiwilliger Initiativen und Selbstverpflichtungen zur Verwirklichung der SDGs an.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen ging dies nicht weit genug. Die über 300 Teilnehmer/innen der People's Assembly, die parallel zum SDG-Gipfel in New York stattfand, kritisierten scharf den Mangel an politischem Willen und Führungsbereitschaft, die globalen Krisen effektiv anzugehen. Soziale Bewegungen wie Fridays for Future und Extinction Rebellion nahmen die Gipfelwoche zum Anlass, um zu weltweiten Streiks und Straßenprotesten aufzurufen.

Als die Regierungen im September 2015 die Agenda 2030 verabschiedeten, bestätigten sie die Rolle des Hochrangigen Politischen Forums (High-level Political Forum, HLPF) als zentrales UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung. Um dem eigenen Anspruch an „Hochrangigkeit“ zumindest ansatzweise gerecht zu werden, sollte es alle vier Jahre auf Ebene von Staats- und Regierungschefs unter dem Dach der UN-Generalversammlung tagen. Der erste derartige „SDG-Gipfel“ fand nun am 24. und 25. September 2019 in New York statt.

Offizielle Aufgabe des Gipfels war es, die Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs zu überprüfen und daraus politische Schlussfolgerungen abzuleiten. Grundlage für diese Überprüfung bildeten zwei UN-Berichte, die im Vorfeld des Gipfels veröffentlicht wurden.

### Düstere Zwischenbilanz

Der UN-Generalsekretär hatte bereits im Juni 2019 seinen jährlichen **Bericht über die Umsetzung der SDGs** vorgelegt. Ungeachtet einiger Fortschritte zeichnet der Bericht insgesamt ein düsteres Bild: Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen schreitet in alarmierendem Umfang voran: Der Meeresspiegel steigt; die Versauerung der Ozeane beschleunigt sich; die letzten vier Jahre waren die wärmsten, die je verzeichnet wurden; eine Million Pflanzen- und Tierarten sind vom Aussterben bedroht; die Bodendegradation hält ungehindert an. Das Ziel, die extreme Armut bis 2030 zu beenden, ist gefährdet. Der weltweite Hunger steigt und mindestens die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen ausreichenden Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten.

Entsprechend kommt der Bericht zu dem Schluss:

*„Es ist völlig klar, dass eine viel tiefere, schnellere und ehrgeizigere Reaktion erforderlich ist, um den sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Gang zu setzen, der zur Erreichung der 2030-Ziele erforderlich ist.“<sup>1</sup>*

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt der **Global Sustainable Development Report (GSDR) 2019**, ein wissenschaftlicher Grundlagenbericht der UN zu den verschiedensten Aspekten von Nachhaltigkeit, der von nun an alle vier Jahre zum SDG-Gipfel erscheinen soll. Er stellt fest, dass die Regierungen bei der Verwirklichung vieler SDG-Zielvorgaben auf dem falschen Weg seien. Bei einigen, wie den Zielen zur Bekämpfung des Klimawandels (SDG 13) und der Reduzierung von Ungleichheit (SDG 10) gehe der Trend in die falsche Richtung. Der Bericht fordert explizit, sich nicht (nur) isoliert mit der Umsetzung einzelner SDGs zu befassen, sondern stärker die Zielkonflikte (*tradeoffs*) in den Blick zu nehmen.<sup>2</sup>

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern dies seit langem. In seinem diesjährigen SDG-Schattenbericht **Spotlight on Sustainable Development** plädiert ein globales Bündnis von NGOs und Gewerkschaften, sich vor allem mit den strukturellen Hindernissen bei der Umsetzung der SDGs zu befassen. Die Umsetzung der Agenda 2030 sei nicht nur eine Frage besserer Politik einzelner Ressorts, sondern sie erfordere grundsätzliche Veränderungen in der Art und Weise, wie Macht ausgeübt wird, auch durch institutionelle Reformen. Der Spotlight Report 2019 mit dem programmatischen Titel „Reshaping governance for sustainability“ stellt fest:

*„Ein einfaches Software-Update reicht nicht aus – wir müssen die Hardware nachhaltiger Entwicklung, d. h. Governance und Institutionen auf allen Ebenen, neu gestalten.“<sup>3</sup>*

Das betrifft auch das HLPF selbst. Ein Gremium, das keine Entscheidungsbefugnisse hat und nur acht Tage im Jahr tagt (zum Vergleich: der Sicherheitsrat tagt rund 200 Tage, der Menschenrechtsrat rund 50 Tage pro Jahr), kann seinen globalen Aufgaben nicht gerecht werden.

## Vor einem „Jahrzehnt beschleunigten Handelns“

Vom SDG-Gipfel waren entsprechend grundsätzliche Beschlüsse nicht zu erwarten. Das offizielle Ergebnis stand bereits im Vorfeld fest: Eine **politische Erklärung** mit dem vollmundigen Titel „Gearing up for a Decade of Action and Delivery for Sustainable Development“.<sup>4</sup> Darin versprechen die Regierungen ein „höheres Ambitionsniveau“ bei der weiteren Umsetzung der SDGs und betonen die „dringende Notwendigkeit beschleunigten Handelns auf allen Ebenen“. Dass es die Regierungen bei diesem Grad an Abstraktion und Vagheit belieben, war der Preis dafür, mit Trump, Bolsonaro & Co. überhaupt eine Konsenserklärung vereinbaren zu können. Konkrete Beschlüsse enthält die Gipfelerklärung nicht.

Dass dies nicht ausreicht, ist offensichtlich. Der UN-Generalsekretär hatte aus diesem Grund verschiedene Initiativen ergriffen, um Regierungen und Unternehmen zu zusätzlichen Selbstverpflichtungen, vor allem im Bereich Klimaschutz, zu bewegen. Diesem Zweck diente auch der Klimaaktionsgipfel, der am 23. September 2019 stattfand.

Dort übte die Gründerin der „Fridays for Future“-Bewegung Greta Thunberg in einer vielbeachteten Rede massive Kritik an der Tatenlosigkeit der Regierungen (siehe Kasten). Sie richtete sich auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel, die in ihrer Rede antwortete: „Wir alle haben den Weckruf der Jugend gehört.“<sup>5</sup> Merkel verwies auf die kurz zuvor gefällten Beschlüsse des Klimakabinetts, wiederholte die Verpflichtung zum Kohleausstieg bis spätestens zum Jahr 2038 und kündigte an, dass Deutschland bis 2030 55 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 1990 einsparen und im Jahr 2050 klimaneutral werden soll. Damit schloss sich Deutschland einer Gruppe von 65 Ländern und zehn Regionen oder Bundesstaaten (allen voran Kalifornien) sowie zahlreichen Städten und Konzernen an, die beim Gipfel ankündigten, bis 2050 klimaneutral werden zu wollen.<sup>6</sup>

Insgesamt registrierte die UN über 70 derartige Selbstverpflichtungen. Das Sammelsurium an Maßnahmen umfasst etwa die Ankündigung Dänemarks, bis zum Jahr 2030 die Emissionen um 70

1 United Nations (2019), S. 2 (Übersetzung JM).

2 Independent Group of Scientists appointed by the Secretary-General (2019).

3 Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2019), S. 12 (Übersetzung JM).

4 United Nations General Assembly (2019).

5 <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-zum-un-climate-action-summit-am-23-september-2019-in-new-york-1674236>

6 [https://www.un.org/en/climatechange/assets/pdf/CAS\\_closing\\_release.pdf](https://www.un.org/en/climatechange/assets/pdf/CAS_closing_release.pdf)

Prozent zu reduzieren und spätestens 2050 klimaneutral zu werden. Island will dieses Ziel bis 2040 erreichen, Finnland bis 2035. Griechenland kündigte an, bis zum Jahr 2028 aus der Kohle auszuweichen, die Slowakei bereits 2023. Katar erklärte, die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 klimaneutral auszurichten (die Menschenrechte waren kein Thema) und Luxemburg plant, den öffentlichen Personennahverkehr ab 2020 kostenlos bereitzustellen. Schweden und Indien riefen mit Unterstützung des Weltwirtschaftsforums die Leadership Group for Industry Transition ins Leben, die speziell für die Schwerindustrie und die besonders energieintensiven Wirtschaftssektoren gangbare Wege finden will, um das Pariser Klimaschutzabkommen zu verwirklichen.<sup>7</sup> Auch die Bundesregierung und Thyssenkrupp traten dieser Gruppe bei.<sup>8</sup>

### 126 „SDG Acceleration Actions“

Auch der SDG-Gipfel war geprägt von freiwilligen Initiativen und Selbstverpflichtungen. Insgesamt listeten die Vereinten Nationen 126 „SDG Acceleration Actions“ unterschiedlichster Qualität und Reichweite auf.<sup>9</sup> Das Spektrum reicht von zwischenstaatlichen Initiativen, wie dem „Global Hub on the Governance for the SDGs“ der OECD,<sup>10</sup> bis zu kleinen Aktionen zivilgesellschaftlicher Gruppen, wie der Initiative einer afrikanischen NGO (Cycling Embassy Botswana) zur Förderung des Fahrradfahrens in Botswana. Entgegen dem Anspruch, neue und innovative Initiativen zu präsentieren, handelt es sich bei vielen der „Acceleration Actions“ lediglich um bereits früher gestartete Initiativen in neuem Gewand. So ließ die japanische Tochter von Coca-Cola das Projekt „A World Without Waste“ zum Recycling von Plastikflaschen und Getränkedosen als Beitrag zum SDG-Gipfel registrieren, obwohl dies bereits im Januar 2018 von Coca-Cola gestartet worden war.<sup>11</sup>

Der SDG-Gipfel war ein weiteres Beispiel dafür, dass angesichts diplomatischer Blockaden an die Stelle gemeinsamen zwischenstaatlichen Handelns ein Multilateralismus der Beliebigkeit und eine weitere Hinwendung der UN zur Privatwirtschaft getreten sind. Dass der UN-Generalsekretär und

der Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums (WEF) Klaus Schwab im Juni 2019 ein Strategisches Partnerschaftsabkommen zwischen UN und WEF zur Unterstützung der Agenda 2030 geschlossen haben, bestätigt diesen Trend.<sup>12</sup>

Und auch der hochrangige Dialog der UN-Generalsversammlung über Entwicklungsfinanzierung, der am Tag nach dem SDG-Gipfel stattfand, war von der starken Präsenz privatwirtschaftlicher Akteure geprägt. Multimilliardär Bill Gates, der in dieser Woche bereits mehrere Auftritte vor der UN hatte, war einer der Eröffnungredner. Unter den Panellist/innen waren Manager von BlackRock, der Bank of America, Aviva und der Standard Bank Group. Und UN-Generalsekretär António Guterres kündigte in seiner Rede die „Global Investors for Sustainable Development Alliance“ an, in der sich 30 Spitzenvertreter/innen von Banken und Großkonzernen, die gemeinsam über ein Kapital von fast 16 Billionen US-Dollar verfügen, für langfristige Investitionen in Nachhaltigkeitsprojekte engagieren sollen.<sup>13</sup>

### Zivilgesellschaftliche Proteste

Zivilgesellschaftliche Gruppen und soziale Bewegungen hatten im Vorfeld des SDG-Gipfels von den Regierungen mehr Engagement gefordert. In einem gemeinsamen Statement erklärten sie:

*“(.. ) we are standing alongside many others around the world in calling out a state of emergency. Humanity cannot afford to wait, people are demanding transformative change, and we are not willing to accept the current lack of action and ambition from many governments.”<sup>14</sup>*

In Deutschland hatte bereits im Juni 2019 ein breites Bündnis von über 120 zivilgesellschaftlichen Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung („Genug herausgeredet: Höhenangst vor dem UN-Gipfel überwinden“) die unzureichenden Anstrengungen im Bereich deutscher Nachhaltigkeitspolitik kritisiert. Die Bundesregierung müsse der Umsetzung der Agenda 2030 oberste Priorität einräumen und Nachhaltigkeit im Sinne globaler (Generationen-) Gerechtigkeit zum zentralen Leitbild ihrer Entscheidungen machen.<sup>15</sup>

7 [https://www.un.org/en/climatechange/assets/pdf/release\\_industry\\_transition.pdf](https://www.un.org/en/climatechange/assets/pdf/release_industry_transition.pdf)

8 <https://www.bmu.de/pressemitteilung/klimagipfel-bringt-neuen-schwung-fuer-den-internationalen-klimaschutz/>

9 <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgactions>

10 <https://www.oecd.org/gov/pcsd/launchoftheglobalhubonthe-governanceforthesdgs.htm>

11 <https://sustainabledevelopment.un.org/partnership/?p=34140> und <https://www.coca-colacompany.com/stories/world-without-waste>

12 Vgl. <https://www.globalpolicy.org/component/content/article/270-general/53120-un-signs-deal-with-davos-that-threatens-democratic-principles.html>.

13 <https://www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2019-09-26/dialogue-financing-for-development-remarks>

14 <https://action4sd.org/sign-the-statement/>

15 <https://www.2030agenda.de/de/article/hoehenangst-vor-dem-un-gipfel-ueberwinden>

Parallel zum SDG-Gipfel veranstalteten zivilgesellschaftliche Gruppen unter Federführung des Netzwerks Global Call to Action Against Poverty (GCAP) in New York eine People's Assembly.<sup>16</sup> Über 300 Teilnehmer/innen aus aller Welt diskutierten dort vor allem über die strukturellen Ursachen von Armut und sozioökonomischer Ungleichheit, die Klimakrise und den eingeschränkten Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft.

In ihrer gemeinsamen Abschlusserklärung kritisierten sie mit Blick auf die Ergebnisse des offiziellen SDG-Gipfels den Mangel an politischem Willen und Führungsbereitschaft, die globalen Krisen effektiv anzugehen:

*„This is not good enough. This is failure.“<sup>17</sup>*

Besondere Kritik erfuhr das oben erwähnte Strategische Partnerschaftsabkommen zwischen UN und Weltwirtschaftsforum, das viele Gruppen als Symbol für den Ausverkauf der UN an die Interessen der Privatwirtschaft ansehen. In einem offenen Brief an den UN-Generalsekretär forderten 240 zivilgesellschaftlichen Gruppen und 40 internationale Netzwerke, darunter FIAN, Action Aid und Friends of the Earth, das Abkommen zu kündigen, um die Integrität der Vereinten Nationen zu bewahren. Sie warnen:

*„This ‘preferential access’ would undermine the mandate of the UN as well as its independence, impartiality, and effectiveness when holding businesses to account.“<sup>18</sup>*

Zivilgesellschaftliche Gruppen haben es aber nicht dabei belassen, rund um den SDG-Gipfel gemeinsame Erklärungen abzugeben und offene Briefe zu formulieren. Insbesondere soziale Bewegungen wie Fridays for Future und Extinction Rebellion nahmen die Gipfelwoche zum Anlass, um zu weltweiten Streiks und Straßenprotesten aufzurufen. Für den Klimastreik am 20. September (<https://globalclimatestrike.net/>) und den sogenannten Earth Strike am 27. September ([www.earth-strike.com/](http://www.earth-strike.com/)) mobilisierten sie weltweit viele Millionen Menschen.

Diese Proteste haben die Beschlüsse der UN-Gipfel nicht mehr beeinflusst, aber den öffentlichen und medialen Druck auf die Politik erhöht. Und

sie haben die wachsende Diskrepanz zwischen den Handlungsnotwendigkeiten angesichts der globalen Probleme und den gegenwärtigen Handlungsblockaden multilateraler Politik noch sichtbarer gemacht.

### Die weiteren Aussichten

Nachdem der offizielle SDG-Gipfel vorüber ist, beginnen nun auf verschiedenen Ebenen Diskussionen darüber, wie den konstatierten Defiziten in der bisherigen Umsetzung der SDGs begegnet werden kann. Dabei geht es unter anderem um die Indikatoren der Erfolgsmessung, die Institutionen zur Koordination und Überwachung sowie die Strategien zur SDG-Umsetzung auf nationaler Ebene.

**Indikatoren:** Die Regierungen haben vereinbart, im Jahr 2020 das bisherige Set von Nachhaltigkeitsindikatoren umfassend zu überprüfen. Im März 2017 hatten sich die Delegierten der UN-Statistikkommission auf einen Katalog von 232 Indikatoren zur Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung der SDGs geeinigt. Der Katalog ist jedoch unzulänglich, hat Lücken und enthält zahlreiche Indikatoren, für die bisher keine anerkannte Methodik existiert und keine Daten erhoben werden. Vom 21.–24. Oktober 2019 tagt die zuständige Inter-agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs) in Addis Abeba, um über Verbesserungsvorschläge zu beraten, die dann im März 2020 von der UN-Statistikkommission verabschiedet werden sollen.<sup>19</sup>

**HLPF-Reform:** Das HLPF wird in seiner bisherigen Form nicht nur von zivilgesellschaftlichen Organisationen, sondern auch von vielen Regierungen als reformwürdig angesehen. In der Politischen Erklärung des SDG-Gipfels heißt es dazu unter der Überschrift „Strengthening the high-level political forum“:

*„[...] we pledge to carry out an ambitious and effective review of the format and organizational aspects of the high-level political forum and follow-up and review of the 2030 Agenda for Sustainable Development at the global level during the seventy-fourth session of the General Assembly with a view to better addressing gaps in implementation and linking identified challenges with appropriate responses, including on financing, to further strengthen the effective and participatory character of this intergovernmental forum and encourage the peer-learning character of the voluntary national reviews.“*

<sup>16</sup> <https://gcap.global/peoples-assembly/>

<sup>17</sup> <https://gcap.global/wp-content/uploads/2019/09/Peoples-Assembly-Declaration-2019.pdf>

<sup>18</sup> <https://www.fian.org/en/press-release/article/hundreds-of-civil-society-organizations-worldwide-denounce-world-economic-forums-takeover-of-the-un-2207>

<sup>19</sup> <https://unstats.un.org/sdgs/iaeg-sdgs/2020-comp-rev/>

*We also pledge to advance our efforts in communicating the 2030 Agenda to the global public to raise awareness and inspire accelerated action.*<sup>20</sup>

Der Präsident der UN-Generalversammlung wird im Herbst 2019 zwei Co-Facilitators berufen, die die Verhandlungen über die Reform des HLPF in der ersten Jahreshälfte 2020 leiten sollen. Dass sie zu der eigentlich erforderlichen grundsätzlichen Stärkung des HLPF führen, ist angesichts der gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse eher unwahrscheinlich. Die Tatsache, dass als Zeitraum des nächsten HLPFs erneut nur acht Werktage festgelegt wurden (7.–16. Juli 2020), bestätigt diese Befürchtung.

**Nachhaltigkeitsstrategie:** Dreh- und Angelpunkt für die Umsetzung der Agenda 2030 sind die entsprechenden Strategien auf nationaler Ebene. In

Deutschland bildet die nationale Nachhaltigkeitsstrategie die politische Grundlage für die Umsetzung der SDGs. Sie soll bis Ende 2020 weiterentwickelt werden. Um darüber zu diskutieren, welche weiteren Schritte zur Umsetzung der Agenda 2030 notwendig sind, veranstaltet die Bundesregierung eine Reihe von Dialogveranstaltungen mit Vertreter/innen gesellschaftlicher Gruppen. Sie finden zwischen Ende Oktober 2019 und Februar 2020 in Berlin, Stuttgart, Norderstedt, Erfurt und Bonn statt. Die Ergebnisse sollen in die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einfließen. Der Chef des Bundeskanzleramts Helge Braun räumt ein, dass erheblicher Handlungsbedarf besteht:

*„Klar ist bereits jetzt: Alle Staaten werden ihre Anstrengungen zur Erreichung der SDGs deutlich verstärken müssen. Dies gilt auch für Deutschland.“*<sup>21</sup>

## „Die Veränderung kommt, ob es Euch gefällt oder nicht“

Rede von Greta Thunberg beim Klimaaktionsgipfel des UN-Generalsekretärs, New York 23. September 2019<sup>22</sup>

Das ist alles falsch. Ich sollte nicht hier stehen. Ich sollte wieder in der Schule auf der anderen Seite des Ozeans sein. Dennoch kommt Ihr alle zu mir, um zu hoffen? Wie könnt Ihr es wagen! Ihr habt meine Träume und meine Kindheit mit Euren leeren Worten gestohlen. Und doch bin ich noch eine der Glücklichen. Die Menschen leiden. Menschen sterben. Ganze Ökosysteme kollabieren. Wir stehen am Anfang einer Massenausrottung. Und alles, worüber Ihr reden könnt, sind Geld und Märchen vom ewigen Wirtschaftswachstum. Wie könnt Ihr es wagen!

Seit mehr als 30 Jahren ist die Wissenschaft kristallklar. Wie könnt Ihr es wagen, weiterhin wegzuschauen und hierher zu kommen und zu sagen, dass Ihr genug tut, wo die Politiken und die notwendigen Lösungen noch nirgendwo in Sicht sind?

Ihr sagt, dass Ihr uns „hört“ und dass Ihr die Dringlichkeit versteht. Aber egal wie traurig und wütend ich bin, ich will das nicht glauben. Denn wenn Ihr die Situation vollständig verstanden hättet und immer noch nicht gehandelt hättet, dann wärt Ihr böse. Und ich weigere mich, das zu glauben.

Die beliebte Idee, unsere Emissionen in zehn Jahren zu halbieren, gibt uns nur eine 50-prozentige Chance, unter 1,5°C zu bleiben, und das Risiko, irreversible Kettenreaktionen jenseits menschlicher Kontrolle auszulösen.

Vielleicht sind 50 Prozent für Euch akzeptabel. Aber diese Zahlen berücksichtigen nicht die Kippunkte, die meisten Rückkopplungsschleifen, die zusätzliche Erwärmung, die durch giftige Luftverschmutzung verursacht wird, oder Aspekte der Gerechtigkeit. Ihr verlasst Euch auch darauf, dass meine und die Generation meiner Kinder Hunderte von Milliarden Tonnen Eures CO<sub>2</sub> mit Technologien aus der Luft saugen, die es kaum gibt. Ein 50-prozentiges Risiko ist also für uns einfach nicht akzeptabel – wir, die wir mit den Folgen leben müssen.

Um eine 67-prozentige Chance zu haben, unter einem globalen Temperaturanstieg von 1,5°C zu bleiben – und das sind die besten Schätzungen des Weltklimarates – blieben der Welt noch 420 Gigatonnen Kohlendioxid übrig, die sie rückwirkend seit dem 1. Januar 2018 emittieren könnte. Heute sind es bereits weniger als 350 Gigatonnen. Wie könnt Ihr es wagen, so zu tun, als ob dies mit *business as usual* und einigen technischen Lösungen erreicht werden könnte? Mit den heutigen Emissionswerten wird das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget in weniger als achteinhalb Jahren vollständig aufgebraucht sein.

20 United Nations General Assembly (2019), Pkt. 27(j).

21 Helge Braun in seinem Einladungsschreiben zur Auftaktkonferenz der bundesweiten Dialogreihe Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2020 vom 6. September 2019.

22 <https://soundcloud.com/unradio/clip-climate-activist-greta-thunbergs-remarks-at-the-climate-action-summit-at-un-hq-in-ny>, unautorisierte Übersetzung aus dem Englischen.

Es wird heute keine Lösungen oder Pläne geben, die mit diesen Zahlen im Einklang stehen. Weil diese Zahlen zu unangenehm sind. Und Ihr seid immer noch nicht reif genug, um es so zu sagen, wie es ist.

Ihr enttäuscht uns. Aber die jungen Leute fangen an, Euren Verrat zu begreifen. Die Augen aller zukünftigen Generationen sind auf Euch gerichtet. Und wenn Ihr Euch entscheidet, uns zu enttäuschen, sage ich, dass wir Euch nie verzeihen werden. Wir werden Euch damit nicht davonkommen lassen. Genau hier, genau hier ist es, wo wir die Grenze ziehen. Die Welt wacht auf. Und die Veränderung kommt, ob es Euch gefällt oder nicht.

### Literaturhinweise:

**Independent Group of Scientists appointed by the Secretary-General (2019):** Global Sustainable Development Report 2019: The Future is Now – Science for Achieving Sustainable Development. New York: UN.  
<https://sustainabledevelopment.un.org/globalreport/2019>

**Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2019):** Spotlight on Sustainable Development 2019. Reshaping governance for sustainability: Transforming institutions – shifting power – strengthening rights. Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Montevideo/New York/Penang/Rome/Suva.  
[www.2030spotlight.org](http://www.2030spotlight.org)

**SDG Watch Europe (2019):** Spotlight Report on Sustainability in Europe. Who is paying the bill? (Negative) impacts of EU policies and practices in the world. Brussels.  
[www.sdgwatcheurope.org/who-is-paying-the-bill/](http://www.sdgwatcheurope.org/who-is-paying-the-bill/)

**United Nations (2019):** The Sustainable Development Goals Report 2019. New York.  
<https://unstats.un.org/sdgs/report/2019/>

**United Nations General Assembly (2019):** Gearing up for a Decade of Action and Delivery for Sustainable Development: Political Declaration of the SDG Summit. New York.  
<https://undocs.org/en/A/HLPF/2019/L.1>

### Websites:

**Überblicksseite der UN zur Gipfelwoche 2019:** <https://www.un.org/en/summits2019/>

**SDG-Gipfel:** <https://www.un.org/sdgsummit>

**Klimaaktionsgipfel des UN-Generalsekretärs:** <https://www.un.org/en/climatechange/un-climate-summit-2019.shtml>

**UN High-level Dialogue on Financing for Development:** <https://www.un.org/esa/ffd/ffdialogue/>

**People's Assembly:** <https://gcap.global/peoples-assembly/>

**Website von Global Policy Forum und Forum Umwelt und Entwicklung zur Agenda 2030 (deutsch):**  
<https://www.2030agenda.de>

**Global Policy Watch (englisch):** <https://www.globalpolicywatch.org/>

**Website des Bundeskanzleramts zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik:** [https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/\\_node.html](https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/_node.html)

**Website des BMZ zur Agenda 2030:** [http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/ziele/2030\\_agenda/index.html](http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/ziele/2030_agenda/index.html)

**Website des BMU zur Agenda 2030:** <https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit-internationales/nachhaltige-entwicklung/2030-agenda/>

### Impressum

#### Der SDG-Gipfel der Vereinten Nationen 2019 Ergebnisse – Konflikte – Perspektiven

#### Herausgeber

Global Policy Forum Europe e.V.  
 Königstraße 37a, 53115 Bonn  
 Tel. 0228 96 50 510  
[europe@globalpolicy.org](mailto:europe@globalpolicy.org)  
[www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)  
 Kontakt: Jens Martens

**Autor:** Jens Martens

**Redaktion:** Hanna Kieschnick

**Gestaltung und Druck:** [www.kalinski.media](http://www.kalinski.media)  
 Bonn, Oktober 2019

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „Weichenstellung 2020“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



Bundesministerium für  
 wirtschaftliche Zusammenarbeit  
 und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.